

Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 113 (1995)
Heft: 20

Sonstiges

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

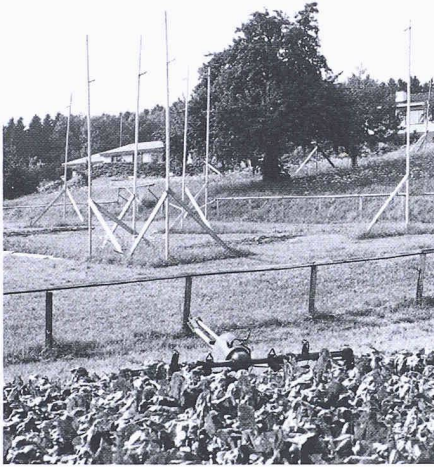
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den gesteckten Rahmen ausloten



Die neuesten Zahlen sind zwar noch nicht bekannt, am Befund wird sich allerdings kaum viel ändern: Von den seit 1990 vom zürcherischen Verwaltungsgericht erledigten Streitigkeiten entfallen rund 41% auf Beschwerden zum Bau- und Planungsrecht, mit Einschluss umweltrechtlicher Fragestellungen. 1980 waren es noch 23%. Die Statistik widerspiegelt nicht nur die hohe Unsicherheit, mit der dieser Rechtsmaterie begegnet wird, der Befund ist gleichzeitig Zeugnis eines hohen gesellschaftlichen Handlungsbedarfs, was die Auseinandersetzung mit den beteiligten Interessen betrifft.

Um dies zu begreifen, hätte es freilich der angeführten Zahlen nicht bedurft; man ist für deren Begründung auch nicht um Argumente verlegen. Sie reichen von der angespannten wirtschaftlichen Situation über den Zeitdruck, der nicht nur auf den Unternehmungen lastet, sondern auch die Vollzugsanstrengungen überschattet, bis hin zur Rechtsunsicherheit, die junge Rechtsgebiete stets begleitet und die einen entsprechenden Klärungsbedarf nach sich zieht. Die Bilanz lässt dennoch aufhorchen, mehr als das: sie macht betroffen. Sie zeugt von einem Defekt, der irgendwo in unseren Problemlösungsmechanismen aufgetreten sein muss und der die beteiligten Parteien dazu führt, oft schon gar nicht mehr zu versuchen, Differenzen gütlich auszutragen – und das in einer Zeit, in der wie nie zuvor die Bedeutung der Kommunikation hervorgehoben wird.

Politik und Gesellschaft haben unterschiedlich auf diese Ausgangslage reagiert. Auf eidgenössischer Ebene wurde der eisenbahnrechtliche Instanzenzug gestrafft. Er führte umgehend zu Engpässen im zuständigen Departement. Kantonalrechtliche Versuche, Konflikte dadurch zu «lösen», dass die Rechtsmittel der von einem Entscheid Betroffenen beschnitten wurden, haben sich als Bumerang erwiesen, wurden sie doch vom Bundesgericht in einer konsequenten und rechtsstaatlich überzeugenden Rechtsprechung nicht geschützt.

In dieser Situation scheint man auf Seiten der Beteiligten nun vermehrt Verhandlungslösungen anzustreben. Wenn Fragen in so vielfältiger Weise neben rechtlichen auch wissenschaftliche, technische, gesellschaftliche, ökonomische, ideelle und ethische Aspekte berühren, dürfte dies auf längere Sicht wohl auch der tauglichste Weg sein. Das Recht jedenfalls lässt innerhalb der verbindlich festgelegten Grenzen die Möglichkeiten dazu offen.

Jede Auseinandersetzung sollte vernünftigerweise bei den Problemen selbst anknüpfen. Wo sie von hoher gesellschaftlicher Relevanz sind, kann ihre Verarbeitung weder an den Richter noch an die Politik delegiert werden: sie gehen alle etwas an. In diesem Sinne kann auch die Aufarbeitung der Rechtspraxis, wie sie der SI+A neu aufgenommen hat, nicht als Endpunkt, sondern als Ausgangspunkt für einen weitergehenden Dialog aufgefasst werden.

Erwin Hepperle